

Räuber und Gerechtigkeit

Der moderne Kapitalismus und das Gerechtigkeitskonzept von John Rawls

Gewinnmaximierung als Menschenrecht?

In einem aktuellen Artikel („*Das Recht der Räuber*“, DIE ZEIT, Nr. 10 2021) zeichnet Thomas Assheuer ein erbärmliches Bild des modernen Finanzkapitalismus. Mit Blick auf verbreitete (und immer häufiger berichtete) Fälle von Betrug (z. B. Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch Banken, Unterstützung bzw. Duldung von „Geldwäsche“ aus kriminellen Geschäften, Dieselaffäre, Wirecard-Betrug) zitiert er das seriöse *Handelsblatt*, das in diesem Zusammenhang von einer „*karzinomatösen Verformung des Kapitalismus*“ spricht.

Es ginge hier, so Assheuer, nicht nur um einzelne Betrügereien im Bankwesen oder bei Großkonzernen oder um Versäumnisse der staatlichen Bankenaufsicht. Vielmehr stelle sich die Frage, ob die ideologischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Finanzkapitalismus solche Betrügereien nicht geradezu herausforderten.

Thomas Assheuer zitiert eine Studie der Juristin Katharina Pistor („*Der Code des Kapitals*“), die verdeutlicht, wie eng die Entstehung des Kapitalismus mit der Entstehung des modernen Rechts (Eigentums-, Vertrags-, Insolvenz-, Privat-, Gesellschaftsrecht usw.) verbunden war und ist. Das Recht sei „*das wichtigste Werkzeug des Kapitals und stelle seit Jahrhunderten die Weichen für Macht und Reichtum*“.

Assheuer fährt fort: „*Eindringlich zeigt Pistor, mit welchen Methoden es Juristen gelang, das Recht zum Schutz des Vermögens Wohlhabender einzusetzen. Nachdem die Landlords im England des 17. Jahrhunderts das Gemeineigentum - die commons - zwangsprivatisiert hatten, standen dienstbare Anwälte bereit, um den Raub juristisch abzusegnen.*“¹

Die moderne Rechtsordnung, die nun entstand, bekräftigte, so K. Pistor, die Unantastbarkeit der Privatautonomie, des Vertrags- und des Eigentumsrechts. Schützte es zunächst nur die Vermögenswerte und Interessen der Kapitaleigner, so verhinderte diese Rechtsordnung später, dass andere (z. B. soziale, ökologische) Interessen bzw. das Gemeinwohl, einen vergleichbaren Rechtsschutz erhielten.

Katharina Pistor nimmt Bezug auf den Philosophen Christoph Menke („*Kritik der Rechte*“). Dieser hat herausgearbeitet, wie grundlegend sich das neuzeitliche vom antiken Eigentumsrecht unterscheidet. Damals war es (z. B. für Aristoteles) selbstverständlich, dass der Gebrauch des Eigentums an das Wohl der Gemeinschaft gekoppelt wird. „*Ganz anders in der Neuzeit. Das bürgerliche Recht zerschneidet das Band zwischen Eigentum und Gemeinschaft, übrig bleibt das Recht auf die Verwirklichung von Eigeninteresse und Eigenwillen, das ‚Tun nach Belieben‘ jenseits von Sittlichkeit und Vernunft.*“

¹ Ich habe das im Teil II „*Vom Wir zum Ich*“ der Gemeinsinn-Studie, Kapitel 5 (S. 110/112) angedeutet: Das bürgerliche Parlament in London schuf nach der Glorious Revolution (1688/89) die gesetzlichen Voraussetzungen für großflächige Zwangsprivatisierungen (des dörflichen Gemeineigentums) und Enteignungen (z. B. der Klöster und ihrer Ländereien).

Assheuer stellt nun die Frage, ob im betrügerischen Handeln von (einzelnen ?) Banken, Konzernen oder Kapitaleignern ein Weltbild ans Licht kommt, „das von Anfang an im Code des bürgerlichen Eigentumsrechts enthalten war: die Legitimierung des »natürlichen« Willens zum Eigentum, der rücksichtslose Anspruch auf Gewinn, die Ermächtigung zur Jagd auf den spekulativen Vorteil. Der Betrüger, so hieße das, pervertiert den gemeinschaftsvergessenen Kern des Eigentumsrechts zum Verbrechen: mit krimineller Selbstsucht verhöhnt er die zivilisierende Form des Rechts und löst ein, was ihm angeblich zusteht - nämlich sein natürliches Menschenrecht auf Profit.“

Eigennutz, Rücksichtslosigkeit gegenüber Natur und Mitmenschen werden, so verstehe ich diese Analysen, über das moderne Rechtssystem eher belohnt, vielleicht sogar geradezu herausgefordert. „Das semantische Biotop dieser Leistungsträger (gemeint sind die Wirtschaftseliten) ihre gesamte Vorstellungswelt, werde derart vom Interesse an Rendite, Effizienz, Erfolg und Gewinnmaximierung beherrscht, dass die alten bürgerlichen Werte (Tugend und Anstand, Maß und Mitte) darin völlig lächerlich wirken.“²

Offenbar wächst die Grauzone zwischen halblegalen und illegalen Aktivitäten im modernen Finanzkapitalismus. In dieser Zone lassen sich offenbar besonders hohe Gewinne erzielen. Der Soziologe Wolfgang Streeck resümiert: Kapitalismus verkommt in den Augen vieler zu einer „Welt schmutziger Tricks zur endlosen Bereicherung der bereits unendlich Reichen“.

Andere (z. B. K. Pistor) fordern, die Regierungen und die Politik müssten die „Herren der Codes“ an die kurze Leine nehmen; sie müssten größeren Einfluss auf die Rechtsetzungen gewinnen und endlich Gemeinwohlkriterien durchsetzen.

Wie mühsam es ist, vor dem Hintergrund der von K. Pistor skizzierten Rechtstradition Gemeinwohlinteressen rechtlich abzusichern, lässt sich an vielen Beispielen illustrieren. Die sozialen und ökologischen Bewegungen haben in den letzten Jahrzehnten sicher einiges erreicht (z. B. beim laut K. Pistor „vorbildlichen“ Ceta-Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada). Aber noch dominiert offenbar das Recht der skrupellosen Egoisten, das „Recht der Räuber“.

Dennoch: Die Idee der Gerechtigkeit und damit verbunden die Bindung des Rechts an das Gemeinwohl erleben gerade durch die Zunahme von halblegalen und illegalen Geschäften und Machenschaften an Bedeutung und Akzeptanz. Da lohnt es, noch einmal an die grundlegende Theorie der Gerechtigkeit zu erinnern, die der amerikanische Philosoph John Rawls vor 70 Jahren veröffentlicht hat.

² Hier zitiert Thomas Assheuer den englischen Wirtschaftswissenschaftler Jonathan Aldred und sein Buch „Der korruptierte Mensch - Die ethischen Folgen wirtschaftlichen Denkens“.

Rawls Konzept von Gerechtigkeit

John Rawls ist vermutlich einer der meist diskutierten Philosophen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In diesem Jahr (2021) stehen gleich zwei Jubiläen an: Rawls 100. Geburtstag und das 50. Erscheinungsjahr seines zentralen Werkes, mit dem er eine anhaltende philosophische Debatte auslöste: *“A Theory of Justice“* („Eine Theorie der Gerechtigkeit“).³

In einem Artikel in DIE ZEIT vom 11. Februar 2021 („Gerechtigkeit. Was sonst?“) würdigt Rainer Forst diesen bedeutenden amerikanischen Philosophen. Forst hebt hervor, was auch mich an Rawls am meisten beeindruckt und nachdenklich gestimmt hat: Kaum ein Philosoph hat so radikal das „*Verdienstprinzip*“ infrage gestellt, jene in unserem Denken und Fühlen so tief verankerte Überzeugung, dass wir unser individuelles Schicksal weitgehend selbst durch individuelle Leistungen oder Fehler verdient bzw. verschuldet haben. Diese Überzeugung konstituiert den modernen Individualismus, der sich aus der demütigen Ergebenheit in göttliche Gnaden- oder Strafsakte befreit hat.

Rawls hingegen konstatiert: Niemand habe die zufälligen natürlichen Talente und Begabungen, seien sie nun musisch-künstlerisch, intellektuell, handwerklich-technisch oder sportlich usw., oder auch körperliche Vorzüge (Schönheit, sexuelle Attraktivität usw.) „verdient“. Die natürlichen Ausstattungen seien als solche keine individuelle Leistung, die irgendwelche sozialen Sonderrechte, materiellen Vorteile oder sonstige Privilegien begründen könnte.

Für vorhandene oder fehlende natürliche Begabungen oder die eigene körperliche Ausstattung sei niemand persönlich verantwortlich. Diese für den Einzelnen und auch für die Mitmenschen so bedeutsamen Persönlichkeitsmerkmale sind einem sozusagen „in den Schoß gefallen“: unverdientes Glück für die einen, unverdientes Pech für die anderen.

Selbstverständlich könne man seine Begabungen bzw. seine körperliches Erscheinungsbild bewusst und gezielt pflegen, fördern - oder eben auch ignorieren bzw. vernachlässigen; auch sei es selbstverständlich möglich, trotz der einen oder anderen Einschränkung oder Behinderung Großartiges zu leisten. Aber auch hierbei gebe es soziale, kulturelle und historische Rahmenbedingungen, die nicht persönlich zu verantworten sind. Jede und jeder werde in eine Zeit, in eine Kultur, in familiäre und soziale Zusammenhängen hineingeboren und erfahre im Leben zufällige Beeinträchtigungen (Unfälle, Krankheiten usw.) oder Begünstigungen (z. B.

³ Rawls entwickelt seine Gerechtigkeitsgrundsätze aus einem Gedankenexperiment, das R. Forst so zusammenfasst: *„Kämen Menschen hinter einem Schleier der Unwissenheit zusammen, der ihnen ihr Geschlecht, ihre ethnische oder soziale Herkunft und ihre Talente und Vorlieben verbirgt, um die Grundsätze zu beschließen, die ihre künftige Gesellschaft in Bezug auf die Verteilung der wichtigsten Grundgüter leiten sollen - was würden sie wählen? (...) Niemand weiß, wo und als was er oder sie landen wird, wenn sich der Schleier lüftet. Und so schließt Rawls, dass die Parteien dieses »Urzustands« eigeninteressiert, aber risikoscheu ihre Vor- und Nachteile abwägen und zwei Gerechtigkeitsgrundsätze bestimmen würden: erstens für alle die gleichen Grundrechte auf Freiheit und Partizipation und zweitens faire Chancengleichheit und die Bedingung, dass soziale und ökonomische Ungleichheiten »den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen« (das Differenzprinzip). Der Hauptgedanke der Konzeption von »Gerechtigkeit als Fairness« ist, dass sich die Fairness der Ausgangssituation auf die Qualität der gewählten Prinzipien überträgt; ..“*

Erbschaften, Begegnungen mit unterstützenden und motivierende Personen), die für die Entwicklung der persönlichen Talente und Fähigkeiten förderlich oder hinderlich sind.

Rainer Forst fasst Rawls' radikale Position so zusammen: „Weder aus besonderen Talenten noch aus sozialen Startvorteilen lassen sich irgendwelche Ansprüche ableiten.“⁴

Das kratzt nun doch erheblich am Selbstverständnis der westlichen Leistungsgesellschaft, in der individuelle Vorteile und Privilegien doch irgendwie fast immer oder doch in wesentlichen Anteilen als „selbst erarbeitet“ und „verdient“ erscheinen.⁵

Andererseits sieht Rawls das Individuum keineswegs nur als Produkt natürlicher und sozialer Gegebenheiten, das letztlich über gar keine individuellen Wahl-, Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verfüge. Der „freie Wille“, eine Grundannahme liberaler Demokratien und des Konzepts westlicher Individualität, wird von Rawls meines Wissens nicht infrage gestellt. Seine Idee individueller Freiheit ist aber an Gerechtigkeit gebunden: Gerechtigkeit habe angesichts weitgehend unverdienter Vor- oder Nachteile, die jede und jeder von Geburt an im Leben erfährt, Vorrang bei der Verteilung von Gütern und Rechten. Hier habe jede und jeder grundsätzlich die gleichen Ansprüche - und schlechtere Ausgangschancen müssten aus Gründen der Fairness ausgeglichen werden.

Die Rawlssche Konsequenz klingt sozialistisch (- auch wenn sich Rawls m. W. politisch wohl nicht als „Sozialist“, sondern als ein „Liberaler“ bezeichnet hätte bzw. hat).

Da Ungleichheit zwischen Menschen und sozialen Schichten aber eine unvermeidbare Realität sei, müssten in demokratischen und dem Ideal der Gerechtigkeit verpflichteten Gesellschaften, die am schlechtesten gestellten Gruppen, also die am stärksten Benachteiligten, besonders gefördert und unterstützt werden. Ja mehr noch: Sie müssten von allen politischen Entscheidungen und Regelungen am meisten profitieren.

In diesem sog. *Differenzprinzip* drückt sich die Radikalität der Rawlsschen Theorie aus: „Denn es besagt nicht, dass die Regelung gerecht ist, die den Schlechtestgestellten >auch etwas<< bringt; es fordert vielmehr, dass eine jede Ungleichverteilung von Gütern die extrem hohe Rechtfertigungsschwelle überqueren

⁴ Früher hätten die Menschen allerdings keineswegs von zufälligen unverdienten Vor- und Nachteilen gesprochen, sondern von göttlicher Fügung. Eigene besondere Begabungen, beruflicher Erfolg und Reichtum erschienen als personenbezogene göttliche Gnade, Armut, Behinderungen, Krankheiten und persönliche Katastrophen aller Art dagegen als himmlische Strafen, ggf. auch für Vergehen der Vorfahren.

⁵ John Rawls selbst hat das u.a. so formuliert: „Wer von der Natur begünstigt ist, sei es, wer es wolle, der darf sich der Früchte nur so weit erfreuen, wie das auch die Lage der Benachteiligten verbessert. Die von der Natur Bevorzugten dürfen keine Vorteile haben, bloß weil sie begabter sind (...). Niemand hat seine besseren natürlichen Fähigkeiten oder einen besseren Startplatz in der Gesellschaft verdient.“

muss, nach der zu zeigen ist, dass eine Ungleichverteilung den Schlechtestgestellten mehr an Gütern einbringt als eine Gleichverteilung.“ (R. Forst)

Rainer Forst fährt fort: „*Wer das ernsthaft durchdenkt, wird sehen, dass Rawls hier etwas ausdrückt, das in der Geschichte des politischen Denkens äußerst selten ist, nämlich die Grundidee des Liberalismus (die Würde der Einzelnen als autonome, durch Rechte geschützte Individuen) mit der Grundidee des Sozialismus (die Würde der Einzelnen als frei von Ausbeutung und Marginalisierung) zusammenzudenken. Das Privateigentum an Produktionsmitteln gehört nicht zu den primären Grundrechten, und ausdrücklich hat Rawls den kapitalistischen Wohlfahrtsstaat als unzureichende Realisierung seiner Prinzipien zurückgewiesen.“* Dieser würde nichts an den Strukturen der Ungleichheit ändern, sie vielmehr noch zementieren.

Die politische Konsequenz: Rawls Theorie würde, so R. Forst. nur die Alternative zwischen einem liberalen Sozialismus und einer Demokratie mit breit gestreutem Eigentum (*property owning democracy*) zulassen.⁶

Wiederbelebung des Gemeinsinns archaischer Sozietäten?

Ich habe im o.g. Beitrag zu Rawls in Teil IV der Gemeinsinn-Studie schon angedeutet, wie sehr mich Rawls Gerechtigkeitskonzeption zumindest teilweise an den Gemeinsinn unserer frühen Vorfahren erinnert, die über Jahrhunderttausende als kollektiv jagende und sammelnde Kooperationsgemeinschaften zusammengelebt haben:⁷ Individuelle Leistungen wurden zum Wohl und zur Existenzsicherung der Gemeinschaft erbracht und von dieser gewürdigt bzw. gefeiert; die Menschen lebten damals allerdings fest eingebunden in eine Gemeinschaft, ohne deren Zusammenhalt und Wohlergehen auch der oder die Einzelne letztlich keine Überlebenschance gehabt hätte.

Das ist heute allerdings anders: Eine Gemeinschaft, die die individuelle Existenz offenkundig sichert, ist nicht so ohne weiteres identifizierbar. Ist es die Familie oder die staatlich verfasste Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger? Ist es die gesamte Menschheit? Angesichts weltweit vernetzter Sozietäten mit komplexen Machtstrukturen und vielfältigen „Aufstiegsoptionen“ haben Einzelne die Möglichkeit, ihre individuellen Talente und Vorteile, unverdiente wie verdiente, zur Durchsetzung individueller Interessen zu nutzen.

⁶ R. Forst weist in dem ZEIT-Artikel darauf hin, wie sehr die Rawlssche Theorie auch an biographische Erfahrungen und persönliche Schicksalsschläge gebunden ist. Zwei seiner Brüder starben an Krankheiten, mit denen er sie angesteckt hatte.

Noch als Student schrieb Rawls seine theologische Bachelorarbeit über die Sünde übersteigerter Selbstliebe. Erst durch den Kriegseinsatz im Pazifik und die Nachrichten über den Holocaust verlor er seinen religiösen Glauben und war nun überzeugt, dass Moral als entscheidende Richtschnur des Lebens nicht mehr aus der Religion abzuleiten sei sondern aus der praktischen Vernunft. Rawls war zeitlebens ein sehr bescheidener, fast schüchterer Mensch. Zu politischen Fragen nahm er, anders als z. B. Jürgen Habermas, so gut wie nie öffentlich Stellung. „*Was ihn trug und auch sein Werk prägt, war eine tiefe Überzeugung nicht nur von der gleichen Würde aller Menschen, sondern auch davon, dass es eine Anmaßung sei, hervorstechen zu wollen.“* (R. Forst)

⁷ Vgl. Studie „Gemeinsinn und Eigensinn, Teil I „Der Mensch - ein Wir“

Rawls politische Theorie bindet diese individuelle Freiheit an ein radikales Konzept der Gerechtigkeit. Aber auf welche (politische) Sozietät richtet sich dieser Anspruch auf Gerechtigkeit? Ich werde diese und andere Fragen in einem weitere Beitrag zu Rawls aufgreifen, zu dem ich durch die Lektüre eines Buchs des Politikwissenschaftlers Walter Reese-Schäfer angeregt worden bin.⁸

So klafft zwischen dem elaboriertem theoretischem Konzept des John Rawls und der Lebenswirklichkeit mit ihren vielfältigen strukturellen Ungerechtigkeiten eine erhebliche Lücke. Wie diese Lücke zu schließen sei, durch welche politischen Forderungen, sozialen Bewegungen, ökonomischen Veränderungen oder rechtlichen Innovationen, hat Rawls meines Wissens nicht zu beantworten versucht.

Sein Modell der Gerechtigkeit bezieht sich offenbar weitgehend auf den Nationalstaat und die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger. Die globale Dimension der Gerechtigkeit, die angesichts transnationaler Verflechtungen und globaler Herausforderungen immer stärker in den Fokus rückt, kann er so nicht wirklich in den Blick nehmen. Der Idee einer „Globalisierung des »Urzustand«“, die ja auch in meiner o.g. Studie anklingt⁹, stand Rawls, so R. Forst, skeptisch gegenüber. „Dies im Wesentlichen aus Respekt vor der kulturellen und politischen Pluralität der Menschheit.“

Meine inzwischen verstärkte Skepsis rührt allerdings vor allem aus dem ungebrochenen Machtansprüchen einiger großer und vieler kleinerer politischen Führer bzw. Autokraten und ihrer Nationen, die sich jeder Verständigung über eine globale Gerechtigkeitsstrategie widersetzen (würden) und primär und uneingeschränkt nationale Eigeninteressen verfolgen.¹⁰

Dabei ist offensichtlich, dass sich das moderne Rechtssystem, das offensichtlich die Abzocker und Betrüger im internationalen Finanzkapitalismus nicht in den Griff bekommt, diese offenbar sogar ermutigt und unterstützt, nicht (nur) auf nationaler Ebene in Richtung Gemeinwohlförderung reformieren lässt.

Ich wäre sehr interessiert an ermutigenden Perspektiven.

⁸ Walter Reese-Schäfer, „Grenzgötter der Moral. Der neuere europäisch-amerikanische Diskurs zur politischen Ethik“ (1997, 2007)

⁹ Mein „Urzustand“ ist allerdings nicht ein fiktiver Diskurs freier Individuen unter den „Schleier des Nichtwissens“, sondern die (vermutliche) Lebenswirklichkeit jener archaischen Sozietäten, in denen der Mensch bzw. der Homo sapiens zentrale Überlebensstrategien entwickelte. Gerechtigkeit spielte dabei eine Schlüsselrolle (vgl. meine Gemein Sinn-Studie Teil IV, S. 1-2)

¹⁰ Ich denke da u.a. an die „America first-Strategie des (gerade abgewählten) US-amerikanischen Präsidenten Trump, an die englische Brexit-Politik und an die langfristige und systematisch-planvoll verfolgte chinesische Strategie einer technologischen, wirtschaftlichen und militärischen Weltführerschaft.